

Die Schwedische Erfahrung; Der Niedergang des „Volksheimes“¹

Stefan Sjöberg

Der schwedische Wohlfahrtsstaat erreichte am Ende der 70er seinen höchsten Punkt. Aus der Perspektive vieler anderer Länder der Welt wurde er als ein bewundernswertes Vorbild betrachtet. Seither hat sich das „Schwedische Modell“ in vieler Hinsicht verändert und ist nun starkem Druck ausgesetzt. Es scheint angebracht, es so auszudrücken, dass das „Heim des Volkes“ sich allmählich aufzulösen beginnt.

Aufbau des „Volksheims“: 1930er bis 1970er Jahre

In Schweden hatte die Sozialdemokratische Partei, SAP, die Regierungsgewalt für mehr als vier Jahrzehnte, von 1932 bis 1972, inne. Diese langjährige Machtstellung ermöglichte es, ein ganzes Spektrum von sozialen Reformen einzuführen und das aufzubauen, was oft als das „Volksheim“ bezeichnet wird.² Von einer theoretischeren Warte aus ist das schwedische Wohlfahrtssystem vielleicht das beste Beispiel für das, was der Sozialtheoretiker Esping-Andersen „das sozialdemokratische allgemeine Wohlfahrtsmodell“ nennt.³ Grundlegender Teil dieses sozialdemokratischen, speziell in den nordischen Ländern ausgeprägten Wohlfahrtsregimes war, Esping-Andersen zufolge, ein umverteilendes Steuersystem, das in der Lage war, einen großen öffentlichen Sektor mit universellen Wohlfahrtsprogrammen zu finanzieren.⁴ Die schwedische Sozialdemokratie, von der Kommunistischen Partei unterstützt und gedrängt, setzte ein raffiniertes Sozialversicherungssystem durch, das mehr oder weniger die ganze Bevölkerung umfasste, um so Unterstützung für das System durch die ganze Bevölkerung zu gewinnen und Spaltungen zwischen verschiedenen Klassen und Segmenten zu überbrücken. Das Modell garantierte fast vollen Einkommensausgleich bei Kinderfürsorge, Arbeitslosigkeit und Krankheit. Die Sozialdemokraten bauten Krankenhäuser und Gesundheitsfürsorge, Altenpflege, Schulen, Kinderbetreuung, neue Häuser usw. auf. In den späten 1950ern schaffte es die ArbeiterInnenbewegung in Schweden auch, ein EmpfängerInnengünstiges

¹ Stefan Sjöberg ist Dozent an der Soziologischen Fakultät der Uppsala Universität und Sekretär des Zentrums für marxistische Sozialstudien in Stockholm. Dieser Beitrag wurde ursprünglich als Referat für den Internationalen Workshop „Aussichten für den europäischen Wohlfahrtsstaat“ in Frankfurt-an-der-Oder, 13.-14. Oktober 2003, organisiert von Transform, gehalten.

² Das Konzept wurde zuerst Ende der 1920er Jahre vom sozialdemokratischen Premierminister, Per Albin Hansson verwendet.

³ In Gösta Esping-Andersens berühmter Arbeit, *The Three Worlds of Welfare Capitalism* (Die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus), Polity Press, Cambridge, MA, betrachtet er diese „nordische“ Form als eine von drei Hauptformen des „Wohlfahrtskapitalismus“, die anderen sind, ihm zufolge, das selektiv liberale und das konservative Wohlfahrtsmodell. Als Beispiele für das konservative Modell nennt er Frankreich und Deutschland (mit einer Tradition, die auf Bismarck zurückgeht) und für das liberale die USA. Das konservative Modell ist durch historische Beziehungen zur Kirche mit traditionellen Familienwerten charakterisiert. Der Staat ist stark in diesem Wohlfahrtssystem, aber greift normalerweise nicht ein, so lange die Familie die Pflege wahrnehmen kann. Im liberalen Modell ist die Sozialversicherung selektiv und Leistungen von niedriger Höhe werden denen mit niedrigem Einkommen erbracht. Der Staat interveniert zu einem geringen Grad in die Marktmechanismen, und das Modell hat (insbesondere im Vergleich mit dem sozialdemokratischen universalistischen Modell) einen niedrigen Umverteilungseffekt innerhalb der Bevölkerung.

⁴ Rothstein, Bo, *Vad bör staten göra? Om välfärdsstatens moraliska och politiska logik*, SNS, Stockholm. 1994.

Rentensystem durchzubringen, nach einem langen und schweren Kampf gegen die vereinigten Kräfte der Bourgeoisie.⁵

Wichtige Elemente des schwedischen Modells waren die Vollbeschäftigungsstrategie sowie die solidarische Lohnlohnpolitik, beide von den Gewerkschaftsökonomen Rudolf Meidner und Gösta Rehn ausgearbeitet. Das übergreifende Ziel der Vollbeschäftigung bedeutete größere Macht der Arbeiterbewegung vis-à-vis der Bourgeoisie. Die solidarische Lohnpolitik bedeutete, dass die Arbeiter in der Industrie mit hohen Profiten mit ihren Lohnforderungen zurückhielten, so dass die Werk­tätigen in anderen Sektoren der Gesellschaft höhere Löhne verlangen konnten.⁶

Fast jede der Sozialreformen wurde gegen den Willen der Bourgeoisparteien und der Großunternehmen durchgesetzt. Dies wurde möglich, weil eine international einzigartige gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit zwischen LO und SAP herrschte und die Kommunistische Partei im Parlament passiv unterstützend wirkte, obwohl sie nie in die Regierung aufgenommen wurde.

Alles in allem resultierte dieses schwedische Modell in sinkende Einkommens- und Reichtumsunterschiede in der schwedischen Gesellschaft. Im Vergleich mit andern Ländern in Westeuropa mit anderen Formen des Wohlfahrtsfahrtskapitalismus, wie Esping.Andersen es sagt, bedeutete dies, dass Schweden eine sehr gerechte und gleiche Gesellschaft war.

Mit einer Ausnahme: *die Bedingungen der Macht und des Eigentums*. Die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt wurden in der schwedischen Form des „historischen Kompromisses“ geregelt, der im Jahre 1938 zwischen LO und dem Arbeitgeberbund, SAF, geschlossen wurde. Durch diesen Kompromiss erhielten die Arbeitgeber das Recht, die Arbeit zu dirigieren und organisieren, während die Gewerkschaften das Recht bekamen, Gewerkschaften zu bilden und zu streiken usw. Die grundlegende Frage von Macht- und Eigentumsbeziehungen ist aus dem Kompromiss ausgeklammert, sie ist eine verbotene und totgeschwiegene Frage, und es wird impliziert, dass diese Fragen nicht angeschnitten werden sollten. Abschließend kann man sagen, dass die schwedische Gesellschaft in der Periode von den frühen 30ern zu den späten 70ern einen bedeutenden Anstieg in den Lebensstandards für die ArbeiterInnenklasse zeigte, dass aber gleichzeitig die grundlegenden Macht/Eigentumsinteressen der großen Industrie niemals bedroht waren. Man kann es so ausdrücken, dass politische und soziale Demokratie erreicht wurden, aber nicht wirtschaftliche Demokratie.

Kürzungen, Privatisierung, Deregulierung: die 1990er und darüber hinaus

Aber wie steht es jetzt? Während der 1990er hat Schweden, wie andere Länder in der globalen, kapitalistischen Wirtschaft, enorme Kürzungen im öffentlichen Sektor mitgemacht. Der Anteil des öffentlichen Sektors am BNP ist in den letzten 20 Jahren von 2/3 auf die Hälfte gesunken.⁷ In Geld bedeutet dies einen Verlust von ungefähr 20 Milliarden € pro Jahr in öffentlichen Ausgaben, was für eine kleine Volkswirtschaft wie die schwedische eine ganze Menge ist. Dies hat zu einer sehr problematischen

⁵ Olson, Sven E., *Social Policy and Welfare State in Sweden*, Arkiv, Lund, 1990.

⁶ Clement, Wallace & Rianne Mahon, *Swedish Social Democracy: A Model in Transition*, Canadian Scholar's Press, Toronto, 1994.

⁷ Ankarloo, Daniel, nd.

Situation im öffentlichen Gesundheitswesen geführt.⁸ Die Zeitungen schreiben jede Woche über inhumane Bedingungen in der Altenpflege, in Krankenhäusern, in der Kinderbetreuung, den Schulen usw. Viele Krankenhäuser sind geschlossen worden, und andere sind voller Leute, die in den Korridoren liegen. Es sind auch Geburtskliniken geschlossen worden und die übrig gebliebenen sind manchmal voll; es gibt Beispiele, wo Frauen gesagt wurde, sie sollten doch in eine 200km weit entfernte Klinik gehen. Die Gesamtzahl der Angestellten im Pflegesektor ist viel geringer geworden, und es gibt zu viele Fälle, in denen alte Leute den ganzen Tag in ihren Betten liegen, ohne Hilfe zu bekommen. Die Fürsorge für Psychisch Kranke und die für Süchtige ist auch stark gekürzt worden, und das ist zweifellos ein Grund, dass es mehr Gewalt auf den Straßen gibt. Vor 20 Jahren gab es keine Bettler auf den Straßen von Stockholm, heute kann man sie jeden Tag sehen. Die Kürzungen sind mit Privatisierungen einhergegangen, darum sind große Aktiengesellschaften wichtige Akteure auf dem Gesundheits“markt“. Noch vor 15-20 Jahren wurden Privatunternehmer erst gar nicht im Gesundheitswesen zugelassen.

Es hat auch Kürzungen in den Sozialversicherungssystemen gegeben. Volle Einkommenserstattung wird nicht mehr gewährt, heute ist das Niveau bei 80% für Arbeitslosigkeit (wenn man/frau im System ist), Krankheit und Kindererziehung. Eine sehr wichtige Veränderung ist das neue Rentensystem, im Jahre 1994 beschlossen, und danach von vier bürgerlichen Parteien zusammen mit den Sozialdemokraten umgesetzt. Auf lange Sicht wird es beinhalten, dass das öffentliche Rentensystem, mit vom Staat verwalteten Rentenfonds, dahinschmelzen wird. Statt dessen wird es Hunderte von durch Privatbanken, Versicherungsunternehmen usw. kontrollierte Rentenfonds geben, zwischen denen, so wird es den Angestellten gesagt, sie die Freiheit haben auszuwählen. Das neue System wird durch die gleiche, oder in Wirklichkeit eine ganz andere Sozialdemokratie eingeführt, die in den 50er Jahren so schwer für die Durchführung des öffentlichen Rentensystems gekämpft hat. Tatsache ist auch, dass es tatsächlich die Sozialdemokraten waren, die in den späten 1980er den öffentlichen Sektor erstmals für private Alternativen öffneten, eine Bourgeoisregierung 1991-94 konnte dann weitergehen und eine schon begonnene Entwicklung weiter vorantreiben.⁹ Die schwedische Sozialdemokratie von heute ist eine Sozialdemokratie, die zu denen gehört, die zum Beispiel auf die französische Sozialistische Partei Druck ausgeübt haben, mehr zu deregulieren und zu privatisieren, der Energiesektor ist ein Beispiel. Statt ein Modell für eine radikale, progressive Kraft zu sein, ist die schwedische Sozialdemokratie heute das Gegenteil. Die heutige SAP- Führung gehört zur *New Labour* von Tony Blair und der *Neuen Mitte* von Gerhard Schröder.

Der hegemonialer Wendepunkt: die 70er und 80er

Wie kann man diese sehr drastische und grundlegende Veränderung verstehen? Um die augenblicklichen Bedingungen zu verstehen, ist es wichtig, die historische Entwicklung und den Aufbau des schwedischen Wohlfahrtsstaats, wie soeben skizziert, zu verstehen, aber noch wichtiger, die Periode zwischen vergangener Geschichte und der Gegenwart zu analysieren. Dies bringt uns dazu, uns auf ein

⁸ Die Beschreibung folgt Sjöberg, Stefan, *Löntagarfondsfrågan – en hegemonisk vändpunkt. En marxistisk analys* (Die LohnempfängerInnenfondsdebatte – ein hegemonialer Wendepunkt. Eine marxistische Analyse), Uppsala Universität, Universitetstryckeriet, Uppsala, 2003, S. 234 ff.

⁹ Montin, Stig, „Privatiseringsprocesser i kommunerna, teoretiska utgångspunkter och empiriska exempel“, in *Statsvetenskaplig tidskrift*, Nr. 1, 1992.

Thema zu konzentrieren, der den größten sozialen Konflikt im Nachkriegsschweden darstellte, den so genannten *Lohn-Verdiener-Fonds*, oder im weiteren Sinne, den Kampf für die Wirtschaftsdemokratie. Der Lohnverdienerfondskampf prägte die schwedische Gesellschaft für mehr als ein Jahrzehnt, von den Mitt-70ern bis zu den frühen 1990ern.¹⁰

Als Antwort zur anhaltenden oder sich verstärkenden Konzentration von Macht und Eigentum in Großunternehmen, schlug der sozialdemokratische Gewerkschaftsbund (LO) im Jahre 1975 den so genannten *Lohnverdienerfonds* als Weg zur Demokratisierung der Unternehmen vor. Die ursprünglichen Vorschläge hätten bedeutet, dass von den Gewerkschaften kontrollierte kollektive Fonds innerhalb von 20-40 Jahren die Eigentumsmehrheit in den Großunternehmen übernommen hätten.¹¹ Es war eine demokratisch-sozialistische Strategie, die darauf abzielte, die grundsätzlichen Macht- und Eigentumsverhältnisse in der Gesellschaft zu verändern.¹² Dieser Vorschlag kam als ein Schock. Die Bourgeoisprelle wettete „Revolution in Schweden.“¹³

Die Bourgeoisparteien waren damals nicht zu einer politischen Kraft vereint, aber im Laufe einiger Jahre schafften sie es, sich gemeinsam mit den im Arbeitergeberbund (SAF) organisierten Unternehmern als eine hegemoniale Kraft im klassischen Gramscischen Sinne¹⁴ (was mehr ist als ein post-Marxistisches Laclau-Moffe-Konzept¹⁵) zu konstituieren. Die Sozialdemokratische Partei zögerte, und verhielt sich nach der Niederlage bei den Parlamentswahlen 1976 (zum ersten Mal seit 1932 verloren sie die Macht) immer negativer gegenüber dem LO-LohnverdienerInnenfonds. 1983 stellte die SAP eine Regierungsvorlage vor, die sich mit dem LohnverdienerInnenfonds befasste, die dann durch das Parlament

¹⁰ Der LohnverdienerInnenfondskampf wird in Sjöberg 2003 analysiert.

¹¹ Meidner, Rudolf, in Zusammenarbeit mit Anna Hedborg & Gunnar Fond, *Löntagarfonder*, Tidens, Stockholm, 1975.

¹² Konkret wurde ein Gewinnausschüttungsmodell vorgeschlagen, das die Eigentums- und Machtstruktur der Gesellschaften verschoben hätte, ohne ihre Liquidität zu beeinflussen. Ein gewisser Anteil der jährlichen Gewinne (die LO-Arbeitsgruppe sprach von 20%) der Großunternehmen sollte in Lohn-Verdiener-Fonds überwiesen werden, aber nicht in Bar, sondern als neu ausgegebene Aktien in der Gesellschaft. Dadurch würden die Profite die Gesellschaft nicht verlassen, sondern aktives Kapital bleiben. Durch das Verhältnis der berechneten Summe zu dem gesamten Aktienvolumen, könnte die Zahl der neuen Aktien festgestellt werden. Das Fondssystem sollte nur große Betriebe mit mehr als 100 Angestellten umfassen, da Macht und Eigentum sich in diesen Betrieben konzentriert. Den LohnverdienerInnenfonds sollten die Angestellten durch ihre Gewerkschaften kontrollieren, und die Mitglieder des Fondsvorstands sollten von GewerkschaftsvertreterInnen ernannt werden. Die FondsrepräsentantInnen in jedem Unternehmen/Aufsichtsrat sollten gemeinsam von den Fondsvorständen und den lokalen Gewerkschaften ernannt werden. Dieses originelle LohnverdienerInnenmodell hätte bedeutet, dass der kollektive Fondsanteil der großen Unternehmen allmählich im Verhältnis zu den privaten Anteilen angestiegen wäre. Die Arbeitsgruppe schätzte, dass in zwanzig-vierzig Jahren die schwedischen Unternehmen sich mehrheitlich im Eigentum der Lohnempfängerfonds befinden und von ihnen kontrolliert werden würden. Die Idee war so simpel wie sie radikal war.

¹³ Die liberale Tageszeitung *Dagens Nyheter*, 28. August 1975. In der LO-Gewerkschaftsprelle konnte man Schlagzeilen wie „Mit den Fonds kommen wir dran!“ und „So werden wir die Macht von den Kapitaleigentümer übernehmen!“

¹⁴ Gramsci, Antonio, *Selections from the Prison Notebooks* (Auszüge aus den Gefängnistagebüchern), International Publishers, New York, 1975.

¹⁵ Laclau, Ernesto und Chantal Mouffe, *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics* (Hegemonie und Sozialistische Strategie: Für eine radikale demokratische Politik), Verso, London 1996 (1985).

verabschiedet wurde.¹⁶ Jedoch unterschied sich der durchgesetzte LohnverdienerInnenfondsvorschlag sehr von den ursprünglichen LO- Vorschlägen. Die Frage der Wirtschaftsdemokratie und das Ziel der Umgestaltung der Macht- und Eigentumsverhältnisse war zerronnen, und es wurde nun erklärt, dass die Fonds *nicht* auf ein mehrheitliches Eigentum von Betrieben hinarbeiten sollten. Die Spaltung zwischen der LO und der SAP war, historisch gesehen, außerordentlich, und die historisch wichtige gewerkschaftlich-politische Zusammenarbeit funktionierte nicht mehr. Die schwedische Sozialdemokratie operierte nicht mehr wie ein hegemonialer Block, der eine notwendige Bedingung für die langfristige progressive Entwicklung des Schwedischen Modells gewesen war. Zur gleichen Zeit, dass sich der innere Konflikt in der sozialdemokratischen Bewegung entspann, verhartete die Kommunistische Partei in den Seitenrängen, was Kritik der Linken anzog und der Sozialdemokratischen Partei Mitsprache verwehrte.

Die LohnempfängerInnenfondsdebatte war ein Kampf um Hegemonie, der alle Ebenen der schwedischen Gesellschaft abdeckte, die wirtschaftliche, sowie auch die politische und die ideologische.¹⁷ Verschieden organisierte Klassenkräfte und Subjekte standen gegeneinander. Die Schlüsselprotagonisten im Fondskampf folgten klassischer marxistischer Analyse: die ArbeiterInnenbewegung (die sozialdemokratischen Akteure LO und SAP und die kommunistische Partei VPK) gegen die Bourgeoisakteure (die Konservative Partei, *Moderaterna*, die liberale Partei, *Folkpartiet*, die „agrar-liberale“ Partei, *Centerpartiet*, und die organisierten Privatunternehmen, die durch den Schwedischen Arbeitgeberbund, SAF, vertreten sind).

Während die Akteure der Arbeiterbewegung es nicht schafften, einen hegemonialen Block zu bilden, schaffte es der bourgeoise Block (im weiteren Sinne) mit der Zeit, einen vereinten hegemonialen Block zu bilden, der stark genug war, die gespaltene ArbeiterInnenbewegung in die Defensive zu zwingen. Eine zerstrittene ArbeiterInnenbewegung konnte nicht gegen eine vereinte bürgerliche Kraft ankommen, und dies ist ein fundamentaler Aspekt bei der Erklärung der Umgestaltung der Fonds und des letztendlichen Sieges der Bürgerlichen.

Aber nicht nur das. Der Ausgang dieses organisierten Klassenkampfes ist auch grundlegend für die Erklärung der ganzen seitherigen sozialen Entwicklung in Schweden. Der LohnempfängerInnenfondskampf bedeutete einen hegemonialen Wendepunkt in der schwedischen Gesellschaft, und die bourgeoise Kraft ist danach immer die dominante gewesen, auf allen Ebenen der Gesellschaft, der wirtschaftlichen, politischen und auch der kulturellen und der ideologischen. Bis dahin und einschließlich des Aufbringens der LohnempfängerInnenfondskampfs hatte sich die schwedische ArbeiterInnenbewegung für Jahrzehnte allmählich in die Richtung ihrer GegnerInnen bewegt. Diese lang währende progressive Bewegung war innerhalb des Rahmens des schwedischen „historischen Kompromisses“ zwischen Arbeit und Kapital unternommen worden. Der ursprüngliche

¹⁶ Regeringens proposition 1983/84:50, *Löntagarfonder*.

¹⁷ Dies bedeutet, in einer strukturalistisch beeinflussten marxistischen Analyse die „Totalität“ der „relativ autonomen“ Ebenen der Wirtschaft, Politik und Ideologie mit einzubeziehen, vergleiche Althusser, Louis und Étienne Balibar, *Reading Capital* (Das Kapital lesen), New Left Books, London, 1975 und Poulantzas, Nicos, *Political Power and Social Classes* (Politische Macht und soziale Klassen), New Left Books, London, 1975.

LohnempfängerInnenfondsvorschlag bedeutete einen Schritt in eine andere Richtung, in dem er sich bedrohlich auf den fundamentalen „heiligen Kern“ des kapitalistischen Produktionsmodus zuspitzte – Privateigentum an den Produktionsmitteln. Mit dem Fondsvorschlag hatte die LO-Gewerkschaft die klassische sozialdemokratische „Wohlfahrtslinie“ verlassen und wiederum die „Eigentumslinie“¹⁸ zum Vorschein gebracht, die unter dem historischen Kompromiss zwischen Arbeit und Kapital versteckt gelegen hatte. Der latente Klassenkonflikt, der durch den historischen Kompromiss verborgen worden war, trat nun wieder in den Vordergrund und wurde der Gesellschaft durch die Debatte dargelegt. Der LohnverdienerInnenfondsvorschlag und der Kampf, den er hervorbrachte, können dann sowohl als Ursprung als auch als Effekt der Auflösung des schwedischen historischen Kompromisses betrachtet werden.

Der bürgerliche Block gewann den Kampf um den LohnempfängerInnenfonds und hat seitdem die ArbeiterInnenbewegung Schritt für Schritt in die Defensive gezwängt. Die hegemoniale Kraft der Bourgeoisie hat bis zum heutigen Tag vorgeherrscht. Das ist wichtig für das Verständnis der Veränderungen, die in der schwedischen Gesellschaft stattgefunden haben, Veränderungen, die das sozialdemokratische Wohlfahrtsmodell und das „Volksheim“ in Frage stellen. Die LohnempfängerInnenfondsdebatte bedeutete also eine sehr wichtige Veränderung in der Balance der organisierten Klassenkräfte in der schwedischen Gesellschaft, was von großer Wichtigkeit für das Verständnis der heute bestehenden Machtbeziehungen ist.

Zum Verständnis der Veränderungen und des Ausgangs der LohnverdienerInnenfondsdebatte und der Entwicklung danach ist es nicht nur notwendig, sich auf die politisch-ideologische Ebene zu konzentrieren, sondern auch die sich verändernden Bedingungen der schwedischen Wirtschaft in Betracht zu ziehen.¹⁹ Die Export-abhängige schwedische Wirtschaft wurde von der internationalen Ölkrise getroffen. Die Profitrate fiel, die Unternehmen waren in der Krise, es bestand die Notwendigkeit für neue Investitionen und Risikokapital. Diese wirtschaftlichen Bedingungen wurden von den bürgerlichen Akteuren als Argument gegen die Lebensfähigkeit der LohnempfängerInnenfonds und gegen die gleichmacherische Wohlfahrtspolitik im Ganzen verwendet. Anfang der 1980er Jahre verließ die konservativ-liberale Regierung (an der Macht 1976-82) die vorherrschende keynesianisch-liberale Politik, die unter allen Parteien bis dahin Konsens gewesen war.²⁰ Sie begann, die öffentlichen Ausgaben im Zuge mit der neuen, oder vielleicht der ziemlich alten, liberalen Wirtschaftspolitik, die jetzt eingeführt wurde, zu kürzen. Die darauf folgenden Sozialdemokratischen Regierungen haben diese wirtschaftlich/politische Richtung nie verändert. Sie haben seither, wie die Bürgerlichen, niedrige Inflation vor Vollbeschäftigung (die einer der Ecksteine des schwedischen sozialdemokratischen Modells war, wie zuvor gesehen) gesetzt.

¹⁸ Lewin, Leif, *Ideologi och strategi, svensk politik under 100 år*, Norstedts Juridik, Lund, 1992, S. 356 ff.

¹⁹ Wiederum der strukturalistisch beeinflussten marxistischen Perspektive folgend müssen die Zwischenbeziehungen der wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und ideologischen Faktoren in jeder sozialen Analyse berücksichtigt werden.

²⁰ Scharpf, Fritz W., *Crisis and Choice in European Social Democracy* (Krise und freie Entscheidung in der Europäischen Sozialdemokratie), Cornell University Press, Ithaca, 1991.

Neben den wirtschaftlichen Faktoren war ein anderer wichtiger internationaler Faktor hinter der hegemonialen Veränderung, in Schweden wie in anderen Ländern, die politische/ideologische „rechte Welle“, angetrieben durch die Reagan-Thatcher-Regimes, die einen weltweiten Einfluss hatte und natürlich auch die schwedische politische Agenda beeinflusste. Aus dieser rechtslastigen Theorie/Ideologie/Politik schöpften die schwedischen Bürgerlichen Argumente für ihre eigenen anti-linken Kampagnen, einschließlich und mit Fokus auf den „Fondssozialismus“, aber auch gegen das ganze schwedische Wohlfahrtsregime.²¹

Aussichten für den Wohlfahrtsstaat aus einer linken Perspektive

Die Auswirkungen dieses hegemonialen Wendepunkts auf den schwedischen Wohlfahrtsstaat sind früher schon skizziert worden. Ich denke, dass es heutzutage korrekt ist, die Schwedische Sozialdemokratie als Teil der bürgerlichen, liberalen hegemonialen Kraft zu betrachten. Wie schon erwähnt wurde, haben die SAP-Regierungen während der 1980er und 90er Jahre die Politik des allmählich schrumpfenden Anteils des öffentlichen Sektors im BNP weiter fortgesetzt. In den späten 80er Jahren haben sie eine Steuerreform eingeführt, um z.B. die Einkommenssteuern zu senken, die viele Milliarden € gekostet hat und denen mit niedrigen Einkommen nicht zu Gute gekommen ist. In den 1990ern sind sowohl die SAP als auch die bürgerlichen Regierungen (1991-94) sehr erfolgreich bei der Kürzung der öffentlichen Ausgaben gewesen, um sich so für den Maastricht-Vertrag und die Anforderungen für EU und EWU-Mitgliedschaft zu qualifizieren.

Die Konsequenzen der wirtschaftlich-politischen Entwicklung während der 20 Jahre nach dem hegemonialen Wendepunkt eine sich graduell verhärtende schwedische Gesellschaft. Dies bedeutet eine von Europas am steilsten ansteigende Kluft zwischen den Klassen. Die Einkommensunterschiede sind schnell gewachsen. Es besteht eine Marginalisierung von Teilen der Bevölkerung, die es vor 20 Jahren nicht gegeben hätte. Natürlich haben viele der hier beschriebenen Prozesse auch im Rest der europäischen Länder, aber ich denke, es ist richtig zu sagen, dass der bourgeoise/(neo)liberale (einschließlich sozialdemokratisch regierte) Angriff eine immer drastischere Veränderung in den sozialen Bedingungen in Schweden verursacht hat.²² Dies ist auch eine wichtige Erklärung für die schlechte Meinung zu EU und EWU. Die soziale Entwicklung wird gesehen und hat tatsächlich mit der Anpassung an ein anderes System zu tun, und dies erklärt auch den Anti-Föderalismus in der Linken, selbst manchmal, wenn es zu linken Projekten kommt. Um zusammenzufassen, kann man sagen, dass heutzutage die politische Demokratie durch den neo-liberalen „Markt“ eingeschränkt ist; es ist nicht länger korrekt zu sagen, dass wir eine Sozialdemokratie haben, und die wirtschaftliche Demokratie scheint weit entfernt.

²¹ In mancher Hinsicht hängen auch die strukturellen Effekte des Zusammenbruchs des „sowjetischen Blocks“ 1989-91 damit zusammen. Der schwedische Wohlfahrtsstaat existierte zwischen zwei gigantischen hegemonialen Kräften, als eine dieser beiden weggeschwemmt wurde, half dies natürlich der globalen „Marktwellen“ auch, das „Volksheim“ mit sich zu reißen.

²² Ich glaube, die politische Gewalt, die in Schweden während dieser Zeit geschah, muss auch aus dieser sozialen Perspektive gesehen werden: der Mord an Olof Palme 1986, gewalttätige Konfrontationen zwischen Faschisten-Antifaschisten von Beginn der 90er Jahre an, ein Naziserienmörder Anfang der 90er Jahre, eine Naziautobombe, die einen Journalisten und sein Kind schwer verletzte (1996), Nazimord an einem Gewerkschaftsaktivisten 1999, Naziräubermord an einem Polizisten 2000, Aufstände anlässlich des Göteborg EU-Gipfels 2001 mit Polizeischießen auf AktivistInnen, Mord an Anna Lindh.

Die Diskussion hat bis jetzt hauptsächlich die Sozialdemokratie behandelt. Das scheint natürlich, da die SAP-LO für eine lange Zeit eine sehr starke Kraft war, während gleichzeitig die Linke „auf der Linken“ der Sozialdemokratie schwach war.²³ Eine Bemerkungen sollten nun über die Linke Partei gemacht werden. Die ehemalige Kommunistische Partei (VPK) war während des LohnempfängerInnenfondskampfes zu Beginn sehr kritisch, die tatsächlich systemverändernden Vorschläge wurden als sozialdemokratischer „Reformismus“ (eine Position, die fast jede(r) heute bedauert) angesehen. Heute, da die SozialdemokratInnen Liberale geworden sind, ist die Linke Partei in eine sehr enge Zusammenarbeit mit der SAP-Regierung und der Grünen Partei verstrickt. In den augenblicklichen Finanzplänen der Regierung ist zu lesen, dass „das langfristige Ziel der Senkung des Anteils des öffentlichen Sektors [weiter] besteht.“ Sowohl auf nationaler wie auch auf lokaler Ebene kritisiert die Linke Partei die SAP-Regierung in mancher Hinsicht „theoretisch“ und versucht, die SAP-Vorschläge nach links zu ziehen, aber unterstützt die Regierungspolitik praktisch im Großen und Ganzen dennoch. Nun sind sogar noch schärfere Kürzungen auf lokaler Ebene geplant, was natürlich mit der Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene zu tun hat. Im Kreis Stockholm hat die sozialdemokratische/linke/grüne Mehrheit vorgeschlagen, das Äquivalent von 200 Millionen € an der Gesundheitsfürsorge zu streichen. In theoretischen und politischen Dokumenten tut die Linke Partei alles was sie kann, um das ausgeprägte allgemeine Wohlfahrtsmodell zu verteidigen; gleichzeitig verteidigt sie in der Realität die SAP- Regierungspolitik, was einen allmählich schrumpfenden öffentlichen Sektor als Anteil des GNP bedeutet hat und, im Zusammenhang damit, zum Beispiel wachsende Einkommensunterschiede sowohl zwischen Klassen als auch zwischen Männern und Frauen.

Seit 1989 sind langfristig strategisch orientierte Diskussionen in der Linken Partei in großem Masse nicht-existent gewesen. Die parlamentarische Kompromisspolitik hat Fragen wie Macht/Eigentumsbedingungen, das überwölbende strukturelle Machtgleichgewicht und die Beziehungen zwischen den Kräften der verschiedenen Klassen, die Vision der wirtschaftlichen Demokratie, die sozialistische Strategie usw. überschattet. Anfang 2000 jedoch beschloss der Parteikongress der Linken Partei, diese Art Fragen noch einmal in den Vordergrund zu stellen. Der Parteivorstand ernannte eine Arbeitsgruppe, die so genannte „Macht und Eigentumsgruppe“, die Anfang 2002 einen Bericht vorstellte.²⁴ In dem durch die Partei angenommenen Dokument heißt es, dass eine weit reichende Demokratisierung eine weit gehende Veränderung in den Macht- und Eigentumsverhältnissen voraussetzt. Um die wirtschaftliche Demokratie, eine notwendige (aber nicht hinreichende²⁵) Bedingung, zu erreichen, ist es fundamental, die bestehenden Eigentumsverhältnisse zu verändern. Die übergreifende Strategie sollte dann sein, das gemeinsame,

²³ Die kommunistische Partei (VPK) erzielte von den 1950ern bis 1998 ungefähr 4-6% der Stimmen, als die „reformierte“ Linkspartei (Vänsterpartiet) 12% erzielte. Birgeron, Bengt Owe mfl, *Sverige efter 1900, en modern politisk historia*, Bonnier, Stockholm.

²⁴ Das Strategiedokument *Macht und Eigentum* wurde vom Parteivorstand der Linken Partei im April 2002 angenommen. Die Arbeitsgruppe hatte einen Vorschlag dieses Dokuments vorbereitet, der auf einer im März 2002 abgehaltenen Konferenz behandelt worden war. Die „Macht- und Eigentumsgruppe“ bestand aus vier AktivistInnen aus der Linken Partei und dem Zentrum für Marxistische Sozialstudien. Ich war einer von ihnen. Eine englische Version des Dokuments kann auf www.econ-pol.unisi.it/econdem/ eingesehen werden.

²⁵ Unzureichend, da es nicht genug ist, die Eigentumsbeziehungen zu verändern, dies muss mit organisatorischer Demokratie auf allen Ebenen verbunden sein.

demokratisches Eigentum im Vergleich zum privaten Eigentum auszudehnen, so dass der Hauptteil der Wirtschaft in demokratisches und allgemeines Eigentum überführt wird. Es wird gesagt, dass eine moderne sozialistische Strategie dann eine Vielzahl von gemeinsamen Eigentumsformen beinhalten sollte: sowohl soziales Eigentum (durch nationale, regionale und lokale Regierungen) als auch kooperatives und Arbeitereigentum. Eine wesentliche Frage ist, was für eine Strategie die Linke braucht, um dies auszufüllen, und in dem Dokument ist ein Rückblick auf die Fondsstrategien enthalten, die die schwedische Gesellschaft vor 20-30 Jahren erschütterte.

Dies ist nicht der Platz, detaillierte Ausführung zur skizzierten Fondsstrategie zu geben; ich will nur erwähnen, dass sowohl gewerkschaftskontrollierte Rentenfonds als auch gesellschaftliche Fonds erwogen werden.¹ Ein bedeutender Vorzug der Lohnverdienerfondsstrategie war, dass sie nicht nur vage Vision war, im Gegenteil, sie war ein sehr realistischer und konkreter Weg Richtung Wirtschaftsdemokratie und demokratischem Sozialismus. Darum war es auch, dass die Bourgeoisie mit ganzer Kraft reagierte und jede ihr zur Verfügung stehende Ressource mobilisierte, um die ArbeiterInnenbewegung in die Defensive zu zwingen. Die Klasseninteressen der Bourgeoisie waren bedroht, und ein hegemonialer Block wurde mobilisiert, um Gegendruck auf die Arbeit auszuüben. Man sollte eine Menge aus dieser Erfahrung lernen können. Eine Schlussfolgerung würde sein, dass das Grundproblem mit dem LohnverdienerInnenfonds nicht der Fonds selbst, sondern die Tatsache war, dass die ArbeiterInnenbewegung nicht hinter dieser Systemveränderungsstrategie vereint war und dass die hegemoniale Formation zu schwach war. Als die linke Partei das Macht- und Eigentumsdokument im Frühling 2002 annahm, wurden die Macht/Eigentumsverhältnisse für eine Woche intensiv diskutiert. Wiederum waren die bürgerlichen Akteure, Parteien, die Presse, das Fernsehen usw. fast schockiert. Im Zentrum der Debatte standen die so genannten Gesellschaftsfonds, die als Bedrohung für die bestehenden Machtbedingungen und das Privateigentum an den Produktionsmitteln empfunden wurden. Dies illustriert wiederum den Unterschied zwischen einer vagen Vision in einem Parteiprogramm und einem konkreten Vorschlag zur Implementierung. Und, denke ich, die Notwendigkeit, diese Art konkreter Strategien in die Diskussion einzubringen, wenn diese wichtigen Fragen mehr als vage und harmlose Programmatik sein sollen.

Eine sehr wichtige Lehre aus der schwedischen Erfahrung - dem Kampf für Wirtschaftsdemokratie und dem Niedergang des „schwedischen Modells/Volkshem“-Programm hinterher - ist, dass der Aufbau eines allgemeinen Wohlfahrtssystems ohne sich dabei mit den anhaltend ungleichen Macht- und Eigentumsbeziehungen auseinanderzusetzen, langfristig unmöglich ist. Das ist der Grund, warum sich dieses Referat auf diese Fragen konzentriert hat. Es ist nicht genug, sich nur auf Sozialreformen zu spitzen und gleichzeitig die Eigentumsverhältnisse der Betriebe außer Acht zu lassen. Früher oder später werden diese Fragen wiederkommen und durchbrechen, ob sie nun von der Linken oder von der Rechten aufgebracht werden. Die schwedische Erfahrung war, dass als die Sozialdemokratie erreicht worden war, die Menschen feststellten, dass die Wirtschaftsdemokratie immer noch weit weg war. Forderungen für Wirtschaftsdemokratie wurden unter den ArbeiterInnen erhoben, eine Welle wilder Streiks setzte unter anderem die Gewerkschaften unter Druck, und der LO- LohnempfängerInnenfondsvorschlag sollte in diesem Licht gesehen werden. Als die Wirtschaftsdemokratie gefordert und das Privateigentum der Produktionsmittel in Frage gestellt wurde, mobilisierten die kapitalistischen Bosse der

großen Industrie und die ganze Bourgeoisie, und daraufhin wurde das tatsächliche Machtgleichgewicht in der Gesellschaft offensichtlich. Ein Machtsaldo, das die ganze Zeit unter dem Boden des Volksheims gegolten hatte und auf den Eigentumsverhältnissen beruhte.

Daher muss eine europäische linke Strategie zur Verteidigung, zum Wiederaufbau, zur Schaffung eines allgemeinen Wohlfahrtssystems Macht-, Besitz- und Eigentumsfragen als natürlichen Teil in die Strategie mit aufnehmen. Wenn sie vergessen werden, scheint es unmöglich, ein langlebiges allgemeines Wohlfahrtsmodell zu bauen. In einer langfristigen Perspektive ist es meine Überzeugung, dass Sozialdemokratie ohne wirtschaftliche Demokratie nicht möglich ist. Es ist notwendig, dies zu betonen, da diese Aspekte in der linken Diskussion viel zu abwesend scheinen. Kurzfristig sehen die Aussichten für den europäischen Wohlfahrtsstaat nicht zu gut aus. Die Entwicklung in Europa heutzutage geht immer mehr in die Richtung des liberalen/amerikanischen „Wohlfahrtskapitalismus“²⁶ als in die des allgemeinen Wohlfahrtsmodells, für das Schweden ein berühmtes Beispiel war. Um diese Entwicklung zu ändern, ist es notwendig, eine zweischneidige europäische Linksstrategie auszuarbeiten; zu versuchen, den allgemeinen Wohlfahrtsstaat zu rekonstituieren und gleichzeitig auf die Notwendigkeit für Veränderungen an den grundsätzlichen Macht- und Eigentumsbeziehungen hinzuweisen. Dies sollte nicht weniger bedeuten, als die vom globalen Kapitalismus und seinen Interessen getriebene Entwicklung offen herauszufordern. Vielleicht könnte eine gemeinsame europäische Linke und eine ArbeiterInnenbewegung in einer langfristigen Perspektive eine ausreichend starke hegemoniale Kraft für diese Herausforderung darstellen. Dies ist natürlich eine große Ausgabe, aber besteht eine Alternative?

Eine zukünftige hegemoniale Kraft, die auf Wirtschaftsdemokratie abzielt, ein neues sozialistisches Subjekt muss eine breite Gründung sein, die eine Vielzahl von progressiven Akteurinnen und Akteuren, sowohl innerhalb und außerhalb der Parlamente als auch der institutionalisierten Gewerkschaften, „alte“ Bewegungen wie Gewerkschaften und politische Parteien sowie neue soziale Bewegungen umfassen. Ich würde jedoch sagen, dass die organisierte ArbeiterInnenklasse und die Gewerkschaftsbewegung das Zentrum dieses Subjekts sein sollten, wenn es eine Möglichkeit haben sollte, Erfolg zu haben.²⁷ Für die europäischen Linksparteien würde ein Teil dieser Arbeit bedeuten, Koalitionen mit sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften aufzubauen, als ersten Schritt durch das Eingehen von Verbindungen mit dem linken Flügel dieser Kräfte. Dies ist strategisch wichtig, da in diesen linken Flügeln ein starker Wille besteht, den allgemeinen Wohlfahrtsstaat zu verteidigen, und dies oft in Opposition zur Sozialdemokratischen Führung. Der zweite Teil ist vielleicht sogar noch wichtiger; die Verbindungen mit den neuen sozialen Bewegungen fester zu zurren, um Druck auf die parlamentarischen Kräfte für eine andere Politik auszuüben, die über die bloße Verteidigung des Wohlfahrtsstaats hinausgeht. Daher ist es notwendig, in die Debatte – z.B. auf dem Europäischen Sozialforum – nicht nur die Analyse der vorherrschenden kapitalistischen Macht/Eigentumsbeziehungen einzubringen, sondern auch die Frage der sozialistischen Strategie in Richtung Wirtschaftsdemokratie zu stellen, die

²⁶ In Esping-Andersens Sinn des Konzepts.

²⁷ Darin ist eine Kritik des Laclau/Mouffes berühmter „postmarxistischer“ Interpretation des Konzepts des Subjekts und seiner möglichen Bildung enthalten, ein Subjekt, dass in ihrer Auslegung keinerlei Zentralität innehat.

heutzutage so gut wie nicht-existent ist. In dieser Arbeit, denke ich, hat die GUE (in Zusammenarbeit mit Transform) eine große Verantwortung.

ⁱ In der großen Menge des von den ArbeiterInnen angesammelten Rentenkapitals liegt ein Potential zur Entwicklung einer fonds-basierten Strategie für Wirtschaftsdemokratie, gegründet auf dem eine Person- eine Stimme- Prinzip. Es scheint vernünftig, dass die Gewerkschaften selbst Pensionsfonds gründen, in denen ihre Mitglieder ihre Ersparnisse investieren können, statt sie wie heutzutage (zum Beispiel im Zuge des neuen, in Schweden eingeführten Pensionssystems) privat kontrollierten Institutionen, Investoren und Aktienfonds zu überlassen. Die Gewerkschaftsmitglieder würden dann den Fondsvorstand ernennen. Die Gewerkschaftsfonds würden das kollektive Kapital in Unternehmen und verschiedenen Bereichen von Handel und Industrie investieren. Die Gewinne der Fonds könnten für verschiedene Zwecke genutzt werden, über die demokratisch statt durch private Anteilseigentümer entschieden werden würde. Der Fondsvorstand und die lokalen Gewerkschaftseinheiten könnten dann Abgeordnete zu Aktieneigentübertreffen und zu Aufsichtsräten in einem demokratischen Prozess nominieren. Gewerkschaftsfonds können ihre Verantwortung als Eigentümer und die Macht und den Einfluss, der mit Aktieneigentümerschaft einher geht, zum Beispiel dazu verwenden, die Schließung profitabler Betriebe oder die Verlagerung der Produktion in Niedrigeinkommensländer zu verhindern. Langfristig kann das Weg sein, die grundlegenden Eigentumsbeziehungen in den Unternehmen zu beeinflussen. Langfristig könnte dieses Modell Unternehmen ermöglichen, die sich im Eigentum ihrer ArbeiterInnen befinden und von ihnen verwaltet werden.

Eine vernünftige Strategie mit Hinblick auf das Rentensystem könnte sein, eine zweiseitige Strategie auszuarbeiten, die sowohl eine langfristige Strategie zur Verteidigung und zum Wiederaufbau der öffentlichen Pensionssysteme als auch eine Strategie für eine Art kollektiver Gewerkschaftsfonds umfasst, die innerhalb des neuen, schon durchgesetzten Systems funktionieren kann.

Gesellschaftliche Fonds sind eine andere Strategie für Wirtschaftsdemokratie, die in dem „Macht und Eigentum“ - Dokument skizziert werden. Ein fundamentales Problem, wenn ein Fonds aufgebaut wird, ist die Kapitalzufuhr. Der erste LohnverdienerInnenfondsvorschlag regte eine erfinderische Konstruktion an, deren Gewinnausschüttungsmodell die Eigentums- und Machtstruktur der Unternehmen verschiebt, ohne ihre Liquidität zu beeinflussen. Ein gesellschaftlicher Fonds könnte seine Kapitalzufuhr auf die gleiche Art und Weise organisieren. Er sollte nur große Unternehmen umfassen, da Macht und Eigentum hauptsächlich in diesen konzentriert sind, zum Beispiel die mit mindestens 100-200 ArbeiterInnen und einem bestimmten Umsatz. Die gesellschaftlichen Fonds sollten auf ein Gleichgewicht zwischen LohnempfängerInnen und den Interessen der Zivilgesellschaft; zwischen gesellschaftlicher Macht und Macht und Einfluss der ArbeiterInnen und der Selbstverwaltung. Ein möglicher Weg ist hier, Einfluss der Lohnverdiener mit gesellschaftlichem Kapital, zum Beispiel regional basierendem, zu kombinieren, mit einem zentralen Ausgleichsfonds um regionale Ungleichheiten zu konterkarieren. Diese regionalen Fonds könnten durch einen Vorstand verwaltet werden, den die Regionalparlamente ernennen. Die Fondsabgeordneten bei Aktieneigentübertreffen und in Aufsichtsräten könnten dann durch den Fondsvorstand/das Regionalparlament bzw. den ArbeiterInnen der Unternehmer ernannt werden. Das fundamentale Prinzip des Fonds sollte ein(e) BürgerIn – eine Stimme sein, statt ein Gewerkschaftsmitglied – eine Stimme (wie es beim LohnverdienerInnenfonds der Fall war).

Ideen zu kollektiv verwalteten Fonds (hauptsächlich des beschriebenen Pensionsfonds), um das Machtgleichgewicht zu beeinflussen, bestehen schon in mehreren Ländern. (Ein wichtiger Beitrag zu dieser Debatte, der erwähnt werden sollte, ist Minns, Richard, *The Social Ownership of Capital* [Das Sozialeigentum an Kapital], in *New Left Review*, Nr. 219, 1996.) Man kann sich regionale und nationale Fonds vorstellen, die miteinander verbunden sind, um ein internationales/Europäisches System zu bilden. Das System könnte eine von vielen Gegenmächten gegen das globale Kapital sein, und es würde sicherlich viel machtvoller sein, als zum Beispiel die so genannte „Tobinsteuer“, die in den letzten Jahren diskutiert worden ist. Eine solche internationale Fondsstrategie für wirtschaftliche Demokratie ist noch nicht ausgearbeitet worden und bedarf natürlich weiterer Debatte und theoretischer Entwicklung. Ich denke, dass dies eine wichtige Aufgabe für die heutige europäische Linke sein sollte.